

Auf der Webseite des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) fand ich einen ausgezeichneten Kommentar von Bernward Janzing, den die taz in Nr. 7649 vom 26.4.2005 auf Seite 12 erstmals veröffentlicht hat.

Der Traum vom Wachstum

von Bernward Janzing

In Deutschland werden Rohstoffmangel und Sättigungseffekte Wirtschaftswachstum auf Dauer nicht mehr zulassen. Experten und Politiker müssen sich schnell darauf einstellen.

Es ist das Mantra einer hilflosen Ökonomie. Und die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute werden es heute in ihrem Frühjahrgutachten wieder unermüdlich repetieren: das Wörtchen Wachstum. Wo immer wirtschaftliche Probleme auftauchen, taucht es auf. Ob es um Staatsverschuldung geht oder um leere Sozialkassen, um die Zahl der Arbeitslosen oder der Insolvenzen. Egal was die Menschen, die Wirtschaft, den Staat bedrückt, Wachstum muss her.

Und alle machen sie mit. Von links bis rechts, von Regierung bis Opposition, vom Unternehmer bis zum Gewerkschafter. Alle bewegt seit Jahren nur diese eine Frage: Wie blasen wir unsere Volkswirtschaft weiter auf? Beseelt vom Glauben, Wachstum werde es schon richten. Da treffen sie dann mit Inbrunst aufeinander, die Anhänger von Keynes und jene von Hayek, die Angebots- wie die Nachfrage-theoretiker – und hinterlassen eine Kakophonie von Wachstumsideen.

Nur: Brauchbar davon ist keine. Denn strohfeuergleiche Konjunkturimpulse sind nicht das, was unsere Volkswirtschaft heute braucht. Notwendig ist vielmehr eine neue ökonomische Strategie; ein Konzept, das uns auch ohne nennenswertes quantitatives Wachstum einen soliden Sozialstaat und durchfinanzierte Haushalte ermöglicht. Denn das üppige Wachstum, von dem zu schaffen die Politik ständig träumt, wird es immer weniger geben. Schließlich hat sich unsere opulent begüterte Gesellschaft einem materiellen Wohlstandsniveau genähert, das nennenswertes Mengenwachstum schlicht und einfach nicht mehr zulässt. Zumindest nicht dauerhaft.

Aus mehreren Gründen. Ganz vorne stehen die Grenzen, die uns die globalen Rohstoffvorräte setzen. Die nämlich reichen nicht aus, um ein ewig währendes Wachstum zu füttern. In der Theorie ist diese Feststellung banal, eines der simpelsten Naturgesetze überhaupt. In der Praxis hat sie die Wirtschaftspolitik jedoch nie erreicht.

Doch wie es so ist mit den Naturgesetzen - sie lassen sich auch durch Ignoranz nicht außer Kraft setzen. Also kam, was kommen musste: Die knappen Ressourcen schlagen inzwischen auf die Weltökonomie durch; längst dokumentieren in ihrer unbestechlichen Art die Rohstoffmärkte den globalen Mangel. Speziell beim Erdöl: Mit aktuell mehr als 50 Dollar je Barrel erreicht dessen Preis nominal den höchsten Stand in der Geschichte. Und längst ist der Preis nicht mehr das willkürliche Produkt eines mächtigen Opec-Kartells, sondern einer, der sich nach reinster ökonomischer Lehre aus Angebot und Nachfrage ergibt. Denn die Ölhähne lassen sich kaum noch weiter aufdrehen. So beginnt, Jahrzehnte bevor das Öl tatsächlich ausgeht, am Markt bereits eine Art Endzeitrallye.

Und das Öl steht nicht alleine. Auch Steinkohle ist auf dem Weltmarkt knapp geworden; zeitweise war sie in den letzten Monaten um 40 Prozent teurer als im Jahr zuvor. Uran ist gleichfalls Mangelware und heute dreimal so teuer wie im Jahr 2000 - ohne dass eine Trendwende absehbar wäre. Und auch der Erdgaspreis stieg in den letzten Monaten um ein Drittel.

Die Verknappung betrifft nicht alleine die Energieträger. Auch die Preise für Eisen, Nickel, Kupfer, Aluminium - um nur einige Basisrohstoffe zu nennen - haben kräftig angezogen. Und so werden die Warnungen plötzlich unüberhörbar: "Hohe Rohstoffpreise werden zur Dauerlast", konstatierte jüngst die Financial Times Deutschland. Zugleich zitierte das Blatt den Ex-Wirtschaftsminister Werner Müller, der zu berichten weiß, dass "preiswerte Rohstoffe das Fundament für unser Wirtschaftswachstum" sind. Wer nun eins und eins addiert, muss fragen: Wo soll stetiges Wachstum künftig herkommen?

Zumal neben der Rohstoffversorgung längst auch Sättigungseffekte die Expansion unserer Wirtschaft bremsen - was in ärmeren Ländern naturgemäß noch nicht der Fall ist, weshalb dort höhere Wachstumsraten möglich sind. Speziell der Bausektor ist in Deutschland von der Sättigung erfasst. Denn in einer reichen Gesellschaft, zumal bei stagnierender Einwohnerzahl, besteht schlicht kein solcher Neubaubedarf mehr wie in der Aufbauzeit. Und auch bei langlebigen Konsumgütern wird in Zukunft der Zeitpunkt gekommen sein, an dem nur noch Ersatzbedarf zu decken ist.

Nun hat die Politik zwei Möglichkeiten, mit der unvermeidlichen Stagnation umzugehen. Eine davon wird seit Jahren in Deutschland praktiziert: Man prophezeit munter zwei Prozent Zuwachs, zimmert auf dieser Basis seine Haushalte, reduziert die Prognose später auf ein Prozent - und erreicht am Ende doch nur ein Null-Komma-Wachstum. Logisch, dass dann überall Geld fehlt. Logisch auch, dass damit die öffentlichen Haushalte kollabieren und in Wirtschaft und

Bevölkerung Verunsicherung um sich greift. Man muss solches Verhalten vorsätzlich und unverantwortlich nennen.

Seriöse Wirtschaftspolitik sieht anders aus. Die Regierungen müssen akzeptieren, dass es nennenswertes Wachstum in einem hochentwickelten, ressourcenfressenden Staat nicht auf Dauer geben kann. Und entsprechend müssen sie planen - auch wenn's mitunter wehtut. Mit Haushaltsentwürfen, die sich am Nullwachstum ausrichten; mit Sozialkassen, die sich aus Quellen finanzieren, deren Ertrag möglichst konjunkturunabhängig ist. Nur um ein Beispiel zu nennen: Die Grundsteuer zählt dazu. So kann mit einem stimmigen Konzept das Nullwachstum in einer Gesellschaft handhabbar werden. Schließlich bedeutet Nullwachstum schlicht, dass im Lande genauso viel erwirtschaftet wird wie im Jahr zuvor. Und das ist in unserer reichen und hochproduktiven Gesellschaft eine satte Menge.

Was wir brauchen, ist nun eine intensive Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit. Denn um diese hat sich die Politik mit vorgegaukelten Wachstumschancen bisher viel zu sehr herumgedrückt. Erst mit der Orientierung am Nullwachstum wird Politik wieder berechenbar und das Ergebnis sozialverträglicher als heutiger Aktionismus nach dem Prinzip: Immer dort löschen, wo es gerade am meisten brennt.

Welche Steuer- und Umverteilungsmechanismen bei diesem Strategiewechsel im Detail greifen müssen, wird die ökonomische Wissenschaft zu klären haben. Noch schweigt auch sie sich dazu aus. Allzu sehr gefallen sich die Wirtschaftsweisen in der Rolle der schlichten Wachstumsprognostiker. Sie diskutieren leidenschaftlich, ob es im nächsten Jahr 0,6 oder 0,9 Prozent Zuwachs geben wird. Auch zur Frage, wie die Politik noch ein Zehntel mehr herausholen könnte, fühlen sie sich immer berufen. Nur zum Thema, wie in einem Staat ohne Wachstum eine sozialverträgliche Politik auszusehen hat, hört man nichts von den ökonomischen Vordenkern.

Und so werden Politiker vermutlich weiter ihren unerfüllbaren Traum vom ewigen Wachstum träumen. Wortreich werden sie auch in Zukunft ihre Wachstumspläne erklären - und damit in Wahrheit stets aufs Neue ihre Feigheit dokumentieren, die Realität anzuerkennen. (Bernward Janzing)

Quelle: hier geht's zum Artikel auf der BUND-Seite: [Der Traum vom Wachstum](#) [4]

<http://www.bund.net/> [5]

□

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/forum/bernward-janzing-der-traum-vom-wachstum?page=0>

Links

[1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/3457%23comment-form>

[2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/bernward-janzing-der-traum-vom-wachstum#comment-1927>

[3] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/bernward-janzing-der-traum-vom-wachstum>

[4] <http://www.bund-rvso.de/traum-vom-wachstum.html>

[5] <http://www.bund.net/>